



16.09.2022 - 11:00 Uhr

Pflegenotstand - Reaktion auf die Forderungen des Bündnisses Gesundheit: Spitäler und Kliniken brauchen eine bessere Finanzierung

Bern (ots) -

Das Bündnis Gesundheit, bestehend aus SBK, Unia, VPOD und Syna, fordert Massnahmen, um zu verhindern, dass weitere Pflegende aus dem Beruf aussteigen. Spitäler und Kliniken können diese Massnahmen nur umsetzen, wenn eine kostendeckende Finanzierung der ambulanten und stationären Spitalleistungen gewährleistet ist. Zudem müssen rasch neue Fachpersonen ausgebildet werden.

Kürzere Arbeitszeiten bei gleichem Lohn, höhere Zulagen oder mehr Ferien: Diese Forderungen des Bündnisses Gesundheit können die Spitäler und Kliniken nur umsetzen, wenn die Finanzierung der Leistungen insbesondere durch kostendeckende Tarife für die ambulanten und stationären Leistungen gewährleistet ist. Dies ist heute jedoch nicht der Fall. Zudem braucht es für die Umsetzung der Forderungen mehr Personal.

H+ anerkennt die Forderungen des Bündnisses Gesundheit, um der hohen Ausstiegsrate aus dem Pflegeberuf entgegenzuwirken. Doch die Leistungen im ambulanten Bereich sind zu 30 Prozent unterfinanziert und jene im stationären Bereich zu 10 Prozent. Hinzu kommen stark steigende Kosten aufgrund der Inflation. Massiv höhere Energiekosten und höhere Kosten für Materialien des täglichen Bedarfs belasten die Rechnungen der Spitäler zusätzlich. H+ fordert aus diesem Grund als Sofortmassnahme im Minimum teuerungsangepasste Preise (Taxpunktwerthe im ambulanten Bereich, Baserates im stationären Bereich). Zudem müssen die Tarife auch künftig an die Indexierung gekoppelt werden, damit Teuerungsschwankungen automatisch in die Tarife einfließen können. Nur so werden die Spitäler in der Lage sein, Anpassungen bei den Löhnen, Zulagen, Ferien und Arbeitszeiten zu machen.

Weiter müssen mehr Fachkräfte ausgebildet werden. H+ ist deshalb erfreut, dass der Ständerat einstimmig der Ausbildungsoffensive in der Grössenordnung von rund CHF 1 Mia. zugestimmt hat. Nun ist der Ball beim Nationalrat, der rasch entscheiden soll, damit die Mittel für die Aus- und Weiterbildung schnellstmöglich zur Verfügung stehen. Die Umsetzung der Ausbildungsoffensive hängt aber entscheidend von den Kantonen ab. Diese müssen die entsprechenden kantonalen Budgets schon jetzt verbindlich planen. Deshalb ruft H+ die Kantone auf, ihrem verfassungsmässigen Auftrag nachzukommen, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, und die nötigen Mittel für die Ausbildungsoffensive in nützlicher Frist bereitzustellen.

Pressekontakt:

Anne-Geneviève Bütkofer, Direktorin
Tel. 031 335 11 63
medien@hplus.ch